

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 26 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 9,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postbeholdung: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechanchluss: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 13. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gepaltene Millimeterzeile für deren Raum 0,80 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, f. Mitteilungen, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gepalten oder deren Raum im Text 3.- Mk.

Aus der Breslauer Spizelfloate

In den letzten Tagen erlebte das schlesische Proletariat eine bis aufs höchste gesteigerte Hege gegen die Kommunisten. Die gesamte Presse brachte täglich neue Fanfaren über kommunistische Attentate. Die Kommunisten wurden vom Polizeipräsidenten stets als die Attentäter hingestellt. Der kommunistischen Partei wurden die verrücktesten Vorgänge an die Rockschöße gehängt.

Diese sinnlose Hege erhielt ihren Höhepunkt in dem Bombenattentat auf das Parteibüro der kommunistischen Partei. Sofort trat eine gewisse Stelle des Polizeipräsidenten in Bewegung und überall war zu lesen, daß die Kommunisten ihr eigenes Parteibüro in die Luft gesprengt hätten.

Unsere Genossen wurden überall verhaftet, die Zeitung wurde täglich verboten, jeder tätige Genosse war stets von einem Spizel begleitet.

Diese ganzen Machenschaften gehen von einer gewissen Stelle der Breslauer Polizei aus, deren Aufgabe nur in der

Bespitzelung der KPD.

besteht. Dieses ist die politische Polizei. Der Chef dieser Spizelzentrale ist ein gewisser Herr Lys.

Diesem Polizeikommissar Lys wurde wegen seiner Unfähigkeit ein Vorgesetzter namens Bogel auf die Nase gesetzt. Um seine Fähigkeiten zu beweisen und sich ins richtige Licht zu stellen, müssen unsere Genossen als Objekte herhalten. Mit welchen schmutzigen Mitteln dieser famose Herr arbeitet, um seinen Ehrgeiz zu stillen, erhellen folgende Tatsachen:

Der Polizeipräsident hatte zur Aufklärung des Attentates gegen das Büro der politischen Polizei in der Lauenzenstraße 10000 Mk. ausgelegt. Plötzlich war auch hierfür gefunden, was der Herr Spizelchef benötigte. Ein paar verkommene Subjekte gaben sich dazu her, völlig aus der Luft gegriffene Denunziationen gegen unsere widerrechtlich verhafteten Genossen anzubringen.

Winnen 24 Stunden war das Protokoll des Spizels fiktiver in die Hände der Nachrichtenstelle unserer Partei geflossen. Die Denunzianten bekamen es nunmehr mit der Angst zu tun, zu ihren Aussagen konnten sie nicht stehen. Diese Subjekte machten sich aus dem Staube.

Damit sie nicht leer ausgingen, schenkte ihnen ihr Spizelchef Lys Revolver und die dazu gehörigen Waffenschirme.

Den Spizeln und Provokateuren werden von einer polizeilichen Stelle Waffen ausgehändigt, das Proletariat wird jedoch entwaffnet.

Was sagt der Herr Polizeipräsident zu dieser unsauberen Tätigkeit eines seiner Untergebenen?

Wenn Spizel und Provokateure mit Waffen versehen werden, dann ist der Schuß, sie mit Sprengstoff perns zu versehen, nicht mehr weit. Die Attentate auf der Lauenzenstraße und auf das Büro der KPD. bekommen jetzt ein ganz anderes Gesicht.

Eine ganze Bande von Provokateuren wird dazu verwandt, gegen die KPD. zu arbeiten, um sie bei den proletarischen Massen zu diskreditieren.

Bisher toppte die KPD. völlig im Dunkeln. Jetzt ist die Aufklärung auf dem Marsche. Lassen wir die letzten Ereignisse vorüberziehen: Das Attentat in der Lauenzenstraße fand um 5 Uhr früh statt. Um 1/2 7 Uhr verhaftete man unseren Genossen Schuster ohne jeglichen Grund, ein paar Stunden später prangten an allen Anschlagssäulen Plakate mit der freien Behauptung, die Kommunisten hätten das Attentat begangen. Das Attentat auf unser Parteibüro erfolgte mittags 1/2 1 Uhr, 2 Minuten später ist die Sipo mit mehreren Automobilen vor der Tür — sehr langsam, nicht wahr, Herr Lys? Man könnte beinahe auf den Gedanken kommen, als hätten die Grünen auf das Attentat gewartet, um die verhafteten Kommunistenführer abzuholen.

Es hat gut geklappt.

Die Schmutzigkeit dieser Herrschaften geht noch weiter. Diese gewöhnlichen Provokationen werden nicht genügen, um nach Breslau ein Auswahngericht zu zitieren, Lys muß aber Material haben. Zu diesem Zweck bemüht er sich selbst in die Zellen unserer verhafteten Genossen. Zudem er den einen lobt und seinen Genossen als Schutz bezeichnet, der alles verurteilt hätte, versucht er die Genossen gegeneinander anzuspüren. Lys, der nichts gegen unsere Genossen anzuführen hat, greift nun zu den dümmsten Mitteln. Vor längerer Zeit erließen auf dem Parteibüro ein Subjekt, das später als Spizel erlautet wurde und erbot sich, den Polizeipräsidenten anzubringen. Der erkannten sofort von welcher Stelle dieser

Kerl gesandt wurde und wiesen ihm die Tür. Genosse Schuster erwähnte diesen Vorfall einer gewissen dienstlichen Stelle gegenüber. Jetzt bringt man es fertig zu behaupten, Genosse Schuster habe beabsichtigt den

Polizeipräsidenten in die Luft zu sprengen.

Wahrlich, eine gemeinere Verbrechen kann man sich nicht denken.

Die Informationen des Polizeipräsidenten stützen sich größtenteils auf Spizelaussagen. Wie weit die berüchtigte politische Polizei hierin bereits vorgearbeitet hatte, ist der Beweis, daß der Lys und Kompanie innerhalb der KPD. eine edle Kunst noch viel gemeinerer Schurken ausbilden. Wir werden benachrichtigt ein neues Nest von Subjekten an das Licht ziehen, die innerhalb der Partei Funktionärstellungen einnahmen und angeblich „illegal“ leben mußten, da sie „verfolgt“ würden. Hatten diese Schurke jedoch das Parteibüro verlassen, tummelten sie sich in Gesellschaft von Kriminalbeamten, die die neuesten Produkte dieser „Illegalen“ mit Freuden in Empfang nahmen. Einen dieser Lumpen hat Lys als „anhängigen Menschen“ bezeichnet, wie sollte er auch anders können. Ueber den Geschmack läßt sich am Ende streiten.

Die neueste Attraktion des Spizelchefs ist die Entdeckung einer roten Armee in Schlesien. Diese mit Stoftruppen, Waffenlagern und einem riesigen Apparat arbeitende Organisation ist von der Kriminalpolizei „entdeckt“ worden. Die ganzen „Bäne“ sind jedoch üble Spizelarbeit eines Subjektes, das in der Partei Funktionärstellung innehatte. Adressen unserer Funktionäre in der Provinz mußten dazu herhalten, diese als Leiter einer bewaffneten Organisation hinzustellen. Den jetzigen Augenblick hielt diese Bande für den richtigen, um der Kriminalpolizei das „Material“ in die Hände zu spielen.

Herr Lys triumphiert. Der Augenblick ist gekommen, wo er als der Retter Schlesiens vor den „roten Banden“ auftreten kann. Er hat seine Tüchtigkeit bewiesen. Das so sehnsüchtig erwartete Auswahngericht wird kommen.

Unterdessen sitzen unsere Genossen weiter hinter Schloß und Riegel. Der Spizelapparat arbeitet weiter. Die Steuerzahler werden verhöhnt. Die Ordnungsgewalt regiert.

Für unsere Genossen ist erste Pflicht, genauer als bisher ihre Umgebung anzusehen. Jeder, der sich nur den Anschein eines Provokateurs gibt, muß entschieden abgeschüttelt werden. Die schlesische Arbeiterschaft hat die Aufgabe, der Polizei erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, die in ihrem Haß gegen das revolutionäre Proletariat zu den verbrecherlichsten Mitteln greift.

Wir verlangen von der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern nicht uns als Kommunisten anzuerkennen. Wir verlangen jedoch, daß die Organe des Staates nicht mit den Mitteln der Spizelei und Provokation gegen die Kommunisten arbeiten und dadurch völlig unschuldige Menschen in die Gefängnisse geworfen werden.

Wir fordern, daß unsere verhafteten Genossen, deren Anklage sich nur auf von Spizeln fabrizierte Machenschaften gründet, sofort freigelassen werden.

Deutlicher aber als durch diesen Spizelstandal ließ sich die Korruption des gegenwärtigen Regierungssystems wirklich zeigen.

An den Arbeitern ist es nun, ihre Schlüsse zu ziehen, und zu erkennen, was an einem Staat noch sein kann, der gezwungen ist, sich mit so infamen Methoden am Leben zu erhalten.

Schamlose Knebelung der Pressefreiheit.

Die gestrige Nummer unserer Zeitung ist wiederum von der Breslauer Kriminalpolizei beschlagnahmt worden. Wiederum müssen sich einzelne Personen an, nach ihrem Daseinhalten die Polizeigewalt zu gebirgen. Dies ist nackteste und brutalste Diktatur.

Wo ist die so viel gerühmte Demokratie und Pressefreiheit hingekommen?

Die Reichsregierung ist ausgesprochen, ohne daß die Verbreitung der Zeitung stattgefunden hat.

Der Polizeipräsident war von diesem Willkürakt der Diktatur am 11. April nicht unterrichtet, trotzdem die Beschlagnahme bereits 12 Stunden vorher erfolgt war.

Gegen diese neuerliche Beschlagnahme aber, die nichts anderes ist als ein Willkürakt, als eine infame Knebelung der Pressefreiheit, als ein schwerer Mißbrauch der Polizeigewalt, legen wir auf das energigste Protest ein.

Der Streit um Oberschlesien.

Breslau, 13. April.

In der Note, die die deutsche Regierung der Entente in diesen Tagen hat überreichen lassen, wird gegen eine Zeitung Oberschlesiens Protest eingelegt und auf Grund eines „eingehenden Gutachtens“ der Antrag gestellt, „das gesamte oberschlesische Abkommungsgebiet ungeteilt dem deutschen Reiche zuzusprechen.“

Aus der ganzen Note mit deren maßlosen Aspirationen spricht der Geist des Herrn Stinnes. Mit der bekannten Heuchelei, mit der es die gegenwärtige deutsche Regierung der Stinnes und Fehrenbach bisher so gut verstanden hat, großen Teilen des deutschen Volkes zu verbergen, daß sie nur der Schleier für die Diktatur eines Stinnes ist, wird in dieser Note behauptet, daß „wer Oberschlesien teilt, sich an dem oberschlesischen Volke veründigt.“

Daß es dem Herrn Stinnes viel weniger darauf ankommt, sich an dem oberschlesischen Volke zu veründigen, als an dessen Kapital, verrät die Note allerdings auch. Im Jargon ostbaltischer Rohläufer wird versucht, dem polnischen Konkurrenten das bittere Ausstoßen über den Hunger der deutschen Stinnes zu vertreiben. Es heißt in der Note: „die deutsche Regierung würde auch bereit sein, weitgehende Hilfe bei der Erschließung dieser im polnischen Gebiet liegenden Bodenschätze zu leisten.“

Diese Liebeshörigkeit steht einigermaßen im Widerspruch zu einem Argument, das die deutsche Regierung anführt, um von Polen zu erreichen, daß Oberschlesien ungeteilt Stinnes verbleibt.

Es wird in der Note nämlich behauptet, daß ein großer Teil der deutschen Beamten und Facharbeiter Oberschlesien den Rücken kehren werde für den Fall, daß Oberschlesien zu Polen komme. Hier aber bietet man sich dem „häßlichen“ Polen an, Arbeit bei der Aufschließung polnischen Kohlengebietes zu leisten. Wer aber soll dem „Recht des Feindbundes“ diese Arbeit leisten, wenn nicht dieselben Beamten und Facharbeiter, die Oberschlesien den Rücken kehren werden, wenn es zu Polen kommt?

Mit dem „nationalen Charakter“ der Stinnes ist es also in Wahrheit nicht weit her. Man heißt dem „oberschlesischen Volke“ nationalistisch ein und hebt mit Hilfe der Sozialdemokratie die deutschen Arbeiter gegen den polnischen Feind“ auf, wenn man damit eigene Vorteile erreichen kann. Man verschachtet aber sofort die „national denkenden“ Arbeiter an den Feind, wenn man glaubt, sich damit Vorteile zu verschaffen.

Aber leider denkt ein großer Teil deutscher Arbeiter und Angestellten noch immer so unselbständig, daß sie sich immer wieder aufs neue für die „nationalen Interessen“ des internationalen Kapitals mißbrauchen lassen.

Indessen — die deutsche Regierung ist noch entgegenkommender: sie verpflichtet sich sogar, Polen Kohlen aus Oberschlesien zu liefern und sogar unter „vorzugsweisen Bedingungen“.

Aber die französischen Kapitalisten, die ihr Kapital in den polnischen Kohlengruben investiert haben, denken gar nicht daran, sich auf den von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Handel einzulassen.

Der französische Oberkommissar bei der Abimmung, General Le Rond, hat polnischen Pressevertretern gegenüber bei seiner Abreise erklärt, daß Oberschlesien nach der Korfauglinie geteilt werden müsse. Das Industriegebiet mit den Bezirken Rybnik, Bies, Kattowiz, Beuthen, einem Teil von Gleiwitz und Hindenburg werde an Polen fallen. Daran gedenkt Frankreich selbst unter Anwendung von Gewaltmitteln festzuhalten, wie der „Temps“ in seinem Leitartikel vom 9. April über Oberschlesien schreibt.

Die deutschen Kapitalistenblätter bringen diese Meldungen natürlich mit der nötigen Enthüllung, lassen sich auch aus Warschau melden, daß Frankreich zur den 1. Mai ein Ultimatum an Deutschland bereit halte und mit einem Vormarsch polnischer Kavallerie über Dantzig nach Berlin zu rechnen sei. Dabei schlagen die deutschen Imperialisten selbstverhändlich nicht an ihre eigene Diktatur: In doch Oberschlesien ein einziges Heerlager, wohnen fast täglich von Bayern her neue Truppen geworfen werden. Aber die deutschen Machthaber haben es ja von selber verstanden, sich für besser hinzustellen als das übrige internationale Militärlager.

Soweit steht jedenfalls fest, daß sich die oberschlesische Frage zuspitzt und vielleicht schon in den nächsten Wochen zu einem ersten Konflikt führen kann.

Die Machthaber der Welt wissen keine friedliche Methode mehr, wie sie sich die Welt teilen sollen. Ihr Bündnis ist ein Taschentuchspieltrieb, auf den nicht einmal ein Dr. Simons hereinjault, deso gründlicher aber Lederbaur

und andere passivistische Handwürfe. Denn diese unabhängigen Sozialdemokraten wissen auch heute in einer Situation, die für die deutschen Arbeiter bitterer geworden ist, wo dem deutschen Proletariat verdoppelte Ausbeutung durch das deutsche und das Ententekapital, Erdrosselung jeder Freiheit, ewige Sklaverei droht, noch immer keinen anderen Weg, als ihr hysterisches Schreien nach neuen Verhandlungen in London. Sie missamt den Gerlach und Kumpfnein sehen natürlich nicht oder wollen nicht sehen, das sie damit nur die Geschote der Ententekapitalisten besorgen. Damit stellen sie sich freilich würdig in Rath und Glied mit ihren abhängigen Freunden von der Sozialdemokratie, die durch ihren Hörsing die deutschen Arbeiter niederknuppeln im Dienste der deutschen Kapitalisten.

Die deutschen Arbeiter dürfen aber auf keinen Fall ihre abhängigen und unabhängigen Führer ihre verräterischen Geschote weiter betreiben lassen.

Das deutsche Proletariat muß endlich erkennen, in welche Sklaverei ihre sozialdemokratischen „Führer“ sie verführen wollen.

Das deutsche Proletariat muß sich in seiner Gesamtheit dagegen auflehnen, das die deutschen Kapitalisten mit den Kapitalisten der ganzen Welt sich in das Fell der deutschen Arbeiter teilen.

Die Arbeiter müssen nun endlich den nationalistischen Schwindel durchschauen und erkennen, das es für die Ausbeuteten gleichgültig ist, von wem sie sich ausbeuten lassen, das es aber für revolutionäre Arbeiter keine größere Schmach gibt, als sich überhaupt ausbeuten zu lassen.

Das deutsche Proletariat begeht aber schändlichen Verrat an seiner Sache, wenn es untätig zusieht, wie sich die Kapitalisten der ganzen Welt um die Schätze der Erde streiten, die in Wahrheit nicht diesen Schmarozgern, sondern den Arbeitern selbst gehören.

Das deutsche Proletariat darf nicht mit verchrankten Armen dabeistehen, wenn sich die deutschen und französischen Kapitalisten um die Bodenschätze Oberschlesiens streiten.

Das geschieht aber nicht dadurch, das sich die deutschen Arbeiter durch einen Stimmgeld dazu entscheiden, ob sie sich in Zukunft von deutschen oder polnischen Kapitalisten die Kraft aus den Knochen pressen lassen wollen. Die deutsche Note hat es ja gezeigt, das damit die Entscheidung noch lange nicht gefallen ist. Denn deutsche Arbeiter werden auch in polnischen Kohlengruben arbeiten müssen, wenn es Herr Sinnes will.

Nein, das deutsche Proletariat darf sich nicht vollständig der Verklauung durch die internationale Kapitalistengesellschaft ausliefern. Für die deutschen Arbeiter gibt es keine oberirdische Frage. Die deutschen Arbeiter dürfen sich in ihrem Willen zur Befreiung der Ausbeuterklasse der ganzen Welt nicht beirren lassen.

Der Magdeburger Kommunistenprozess Das Urteil.

(Eigener Bericht)

Die Sitzung begann mit einer Vernehmung des in der Sache als Staatsanwalt tätig gewesenen Amtsgerichtsrats Feldbahn, die nichts wesentliches zu Tage förderte. Darauf nahm der Verteidiger, Dr. Siegfried Weinberg, das Wort, um in zweifundigen Darlegungen die Anklage nach allen Richtungen zu zerpfücken. Er beantragte die Freisprechung jawillicher Angeklagter aus rechtlichen und Tatsachen-Gründen und führte zur Begründung folgendes an:

Sofort nach der Revolution bildeten sich allerorts im deutschen Reich bewaffnete gegenrevolutionare Organisationen zwecks Wiedereinruhung der Monarchie. Das völlige Verlagen der Justiz gelegentlich des Kapp-Putsches, welches mit sich brachte, das kein einziger der Kapp-Verbrecher überhaupt nur unter Anklage gestellt wurde, brachte ein neues Merkmal dieser Bewegung. Zahllose Waffenlager und Hunderttausende von Mitgliedern stehen der Gegenrevolution zur Verfügung. Sie hat genaue Mobilisationsplane aufgestellt, bedient sich emer Geheimchrift und hat einen umfangreichen Kurierdienst. Im Anschluß an diese Organisation besteht eine T-(Terroristen)Gruppe.

Gegen alle diese Verbrechen hat die Justiz bis heute nicht durchgegriffen, so das die Kommunisten, um sich nicht mehr los von der Gegenrevolution abzuschlachten zu lassen, erzwungen waren, auf Gegenmaßnahmen zu setzen.

Das es sich nicht um wirkliche militärische Verbände bei den Angeklagten gehandelt hat, geht ja schon daraus hervor, das an die Spitze der Verbände Personen gestellt sind, die überhaupt keine militärische Ausbildung gewonnen haben und das trotz umfangreicher Untersuchungen, keinerlei Waffen bei den Angeklagten gefunden sind. Soweit bei den Verbrechen terroristische Akte in Erwägung gezogen sind, geschah dieses ausschließlich auf Veranlassung Roths, der sich als der Typus eines verbrecherischen Sozialisten entpuppt hat. Roth war es, der sich unter dem Widerspruch der Anwesenden erbot, Dynamit zu besorgen. Er regte die Sprengung der Elbbrücken an, was die Angeklagten entschieden zurückwiesen. Roth verlangte die Anstellung von Lünen über die Waffen-Ausbildung der Mitglieder und er bot sich als Gruppenführer an. Er hat auch die Lüge über die angeblich von den Angeklagten aufgestellten Nordlisten in die Welt gesetzt.

Auf das Verhalten der Angeklagten kam die Ebert-Verordnung vom 30. Mai 1920 keine Anwendung finden. Der Staatsanwalt hat dem Reichspräsidenten Ebert einen schändlichen Dienst erwiesen, als er die Verordnung Eberts mit dem Sozialistengesetz in Parallele stellte, welches Ebert aus mit ihm die alten Sozialisten stets als Schandbesetz besprochen haben. Ebert hat sich die Verordnung, vom 30. Mai insofern als ein Sozialistengesetz erwiesen, das

sie nur gegen Arbeiter angewandt worden ist, während die gegenrevolutionären Putschisten überhaupt nicht angeklagt oder freigesprochen sind. Bloe vorbereitende Handlungen können keinesfalls als „Unternehmungen“ im Sinne der Verordnung vom 30. Mai angesehen werden.

Selbst wenn sich die Handlungsweise der Angeklagten objektiv als strafbar darstellen würde, so mustten sie freigesprochen werden, weil sie in Nothwehr gegenüber dem Vorgehen der Gegenrevolution gehandelt haben.

Staatsanwalt Dr. Kähler sucht in seiner Replik die Ausfuhnungen Dr. Weinbergs zu entkräften, wird jedoch durch diesen im Schlusswort mit zutreffenden Gründen widerlegt.

Es folgen alsdann kurze Schlussworte der Angeklagten. Einen peinlichen Eindruck machen die Ausfuhnungen des Hauptangeklagten Jacobs, der sich als ein Opfer der kommunistischen Führer, namentlich der Mitangeklagten Vater und Gruson hinstellt und betont, das er aus einer deutschen nationalen begüterten Familie stamme. Dabei war es gerade Jacobs, der mit seinem Geschwah diesen ganzen Prozess verurjacht hat.

Am Nachmittag 6 Uhr wurde
das Urteil
verfundet.

Es werden verurteilt: Der Angeklagte Jacobs zu 10 Monaten Gefängnis, von denen 2 bereits durch die Untersuchungshaft verbust sind. Die Genossen Wellmann, Friedrich Müller und Dittmann zu je 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft. Die Genossen Burig, Hoffmann und Wendt zu je 5 Monaten Gefängnis. Genosse Zimmcke zu 4 Monaten Gefängnis. Die Genossen Vogisch, Dusterhelft, Albert Schulz, Schwarz, Harbo, E. Müller, Schröder und Otto Schulz zu je 3 Monaten Gefängnis. Die Genossen Vater, Dube, Carl Müller, Pempel, Böse, Draibach, Cassel, Cassert, Gruson und Rudert werden freigesprochen.

Das Gericht ist in allen Fällen, mit Ausnahme des Angeklagten Jacobs über den Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen. Das Urteil entspricht in kraftester Weise der Klassen- und Rechtsjustiz, der die Sondergerichte zu dienen berufen sind.

Sofort nach Beendigung der Verhandlung wird der freigesprochene Genosse Lehrer Böse aus dem Sitzungssaal heraus auf Veranlassung des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Dohmann von der Sippe verhaftet, ohne das ein Haftbefehl vorgezeigt oder Gründe zu seiner Verhaftung angegeben wurden. Die sofort vorgekommenen energischen Vorstellungen des Bezirkssekretars Morde und des Redakteurs Genossen Krause blieben erfolglos. Genosse Böse ist als erster im Bezirk Magdeburg der Rechtsjustiz der Ebertinischen Sondergerichte wegen angeblicher Aufforderung zur Bewaffnung in einer öffentlichen Versammlung in Reuhaldenleben zum Opfer gefallen.

Politische Uebersicht.

Wie die Ebert-Justiz Arbeiter zu Tode quält.

Die Mahrmuhle der Ebertinischen Ausnahmejustiz ist in Halle am Donnerstag in Betrieb gesetzt worden. An einer „kleinen Sache“ probierte man erst die Maschine einmal. Ergebnis: sechs Monate wegen Waffentragens. Dann kommt das erste Todesurteil.

Die Polizei arbeitet fieberhaft, um „sprachlos“ Sachen für das weiße Gericht zu schaffen. Ihr Verfahren ist ein Hohn auf den Begriff der „Objektivität“.

In der Universitätsklinik liegt ein Arbeiter mit lebensgefährlichen Wunden im Fieber. Unter furchtbaren Schmerzen windet er sich auf seinem Lager. Seinen nächsten Angehörigen ist Besuch des Kranken wegen des Zustandes untersagt. Ein Polizeibeamter aber hat dem todwunden Mann mehrfach Vernehmungen und sogar Gegenuberstellungen zugemutet. Solange, bis der Gemarterte in Schmerzen zusammenbrach. Wir schreien diese skandalöse Menschenqualerei in die Welt hinaus!

Arbeiter, seht, man behandelt auch gleiches bestialischer als Hunde!

Pressfreiheit unter der Stimmesdiktatur.

Aus Effen wird uns mitgeteilt: Nachdem unser Partiorgan „Ruh-Scho“ für eine Woche gänzlich verboten war, hat der Oberpräsident von Westfalen eine Vorzensur über die Zeitung verjangt. Die erste nach dem Verbot herausgekommene Nummer enthält große weiße Plachen. Die erste Seite, auf der der Aufruf der Zentrale vom 1. April zum Abdruck gebracht werden sollte, enthält nur die Worte: „Aufruf ganz verboten“ (Stempel der Zensur). Der zweite Aufruf der Zentrale zur solidarischen Unterstützung der kämpfenden englischen Brüder ist gleichfalls dem Sift der Polizeibehörde zum Opfer gefallen.

Schamloser und rachstillender wie die Spanier Behörden haben Organe einer „sozialdemokratischen“ verantwortl. geleiteten Regierung wohl noch nie den Reiz für die „demokratische“ Diktatur des freiesten und objektivsten Ordnungsmaes der Welt geliefert. Die Lakone der Bourgeoisie mögte ruhig fortjahren in der Auszerung alles dessen, was ihnen in ihrem Asbestanbrang unangenehm ist. Wir werden Mittel und Wege finden, um den Rocherzeugnissen demnach zu jagen, was noch ist. Auch die weißen Stellen in der Zeitung werden ihre Wirkung nicht verlieren.

Das Preuenparlament natürlich auch gegen die Kommunisten.

Das sich das preußische Parlament an der allgemeinen Kommunistenhetze beteiligen würde, war bei dem Charakter des preußischen Landtags auch nicht anders zu erwarten. Freilich,

die bodenlose Gemeinheit, mit der „unser“ Landtag gegen das revolutionäre Proletariat vorgehen würde, übersteigt doch alles, was er sich bisher geleistet hat. Zunächst wurde der Antrag des Genossen A. Hoffmann, die Vorgänge in Mitteldeutschland zu besprechen, lah abgelehnt und dafür eine höchst gleichgültige Tagesordnung angelegt. Dann wurde ein Ministerpräsident gewählt. Seit 3 Monaten machte man in Preussen, Ranken usw., bis man sich schließlich den politisch sehr farblosen, dem Zentrum angehörenden Herrn Stegerwald als Ministerpräsidenten ausgeloren hatte. Es ist das natürlich eine Verlegenheitswahl und es ist charakteristisch für die Zerknurtheit der Bourgeoisie, das sie dazu ihre Zerknurtheit nehmen muß. Dann begründete Genosse Schönbeck RPD. einen Antrag auf Haftentlassung des von der englischen Besatzungsbehörde in Solingen verhafteten kommunistischen Redakteurs Pfenge. Eine internationale Verbrecherbande hat sich vereinigt zu einer Fege gegen die Kommunisten. Wir verlangen nicht bloß die Haftentlassung von Pfenge, sondern die famlicher verhafteter Kämpfer und Arbeiter. Alles, was von der bürgerlichen Klasse geschieht, wird auf die Kommunisten abgehoben. Was über Mord geschrieben worden ist von der bürgerlichen Presse, ist gemeiner Schwindelei. Auf die höhle Behauptung eines Deutschenationalen, das die Kommunisten im Rheinland mit der Entente „konspiriert“ hätten, erwiderte Schönbeck, das es die nächsten Tage schon beweisen werden, das Sinnes sich mit der Entente eingelassen hätte. Im übrigen wurden die kommunistischen Anträge an Ausschüsse überwiesen, natürlich mit der Absicht, sie dort unter den Tisch fallen zu lassen.

Das Spiel mit den Noten.

Die Entente hat der deutschen Regierung wieder zwei neue Noten gesandt.

Die eine enthält Verordnungen über das neue Zollregime. Danach sollen die an den alten Grenzen erhobenen Zölle dieselben sein wie die, die vor dem Inkrafttreten der Londoner Sanktionen erhoben wurden. Die bei der Einfuhr in das besetzte Gebiet an den Grenzen erhobenen Zölle werden nach dem auf ein Viertel herabgesetzten deutschen Tarif erhoben. Die nach dem nichtbesetzten Deutschland am Ausgang des nichtbesetzten Gebietes erhobenen Zölle werden in Papiermark festgesetzt.

Die zweite Note beschäftigt sich mit dem Schadenerlass, den die deutsche Bourgeoisie für die alliierten Militarenten zu zahlen hat. Es handelt sich um zwei verschiedene Zuwendungsarten, von denen einer für die Familienzuwendungen für die weifen und der andere für die Zuwendungen für die eingeborenen Truppen der französischen Armee berechnet werden.

Für die deutsche Bourgeoisie also eine neue Belastung, die dieselbe natürlich wie gewohnt auf die Schultern der deutschen Arbeiterklasse abwälzen wird. Die Bourgeoisien der Welt mögen sich verständigen wie sie wollen, jede „Verständigung“ wird stets auf dem Rücken der Arbeiter vorgenommen werden. An den Arbeitern ist es, diesen Verstandigungskunststucken endlich ein Ende zu machen.

Ausland.

Der Bergarbeiterstreik in England.

Die Kämpfe der englischen Arbeiter, die aus der wirtschaftlichen Not heraus geboren und provoziert wurden durch die maßlose Willkür der englischen Kapitalisten, beginnen immer revolutionärer zu werden. Die Arbeiter fangen an zu begreifen, das mit kleinen Lohnserfolgen der Arbeiterschaft nicht geholfen ist, das die soziale Not nur dann beseitigt wird, wenn die Arbeiter selbst im Besitz der politischen Macht sind.

Diese erwachende revolutionäre Erkenntnis beunruhigt natürlich die englischen Machthaber ganz gewaltig. Von den menschenwichtigen Agenten der Bourgeoisie werden Lugenermeldungen in die Welt geschickt, das Bolschewisten mit russischem Geld versuchen, die Streikbewegung ins revolutionäre Fahrwasser hinein zu treiben. Die Bourgeoisie, die das Gepeinert der Revolution am Fenster sieht, soll durch die Lügen beruhigt werden und neuen Mut bekommen, neuen Mut, mit dem sie durch Maschinenengewehre und weiße Gardien die bolschewistische Gefahr niederwerfen soll.

Aber die Bourgeoisie mit ihren Agenten wird sich verrechnet haben. Mögen sie Truppen aufmarschieren lassen, soviel sie wollen, die Revolution marschiert dennoch.

200 Ortsgruppen englischer Gewerkschaften für die Moskauer Internationale.

In Zusammenhang mit dem großen Kampf, den zurzeit das englische Proletariat auszufechten hat, ist die Tatsache bemerkenswert, das bereits 200 Ortsgruppen englischer Gewerkschaften ihren Anhalt an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale erkaft haben. Darunter sind 80 Ortsgruppen der Metallarbeiter, 42 der Bergarbeiter, 18 der Transportarbeiter und 15 der Schiffbauer.

Die Bergleute des wichtigen Gebietes von Fife haben sich einmütig für die Moskauer Internationale erklärt. Selbstverständlich stehen in der jetzigen Aktion die Anhänger der Moskauer Internationale überall an erster Stelle und ihrem Einfluss ist es nicht am wenigsten zuzuschreiben, das die Versuche der reformistischen Gewerkschaftsleitung erfolglos blieben.

Vor dieser Tatsache mag der englischen Bourgeoisie allerdings das Grauen kommen. Aber

die deutschen Gewerkschaftler kommen England zu Hilfe. In der „Presbuerer Morgenzeitung“ von gestern nimmt einer „aus deutschen Gewerkschaftskreisen“ das Wort. Mit der den Gewerkschaftler eigentümlichen Logik versucht dieser eine zu beweisen, das das „notleidende Deutschland“ das größte Interesse daran habe, das der soziale Konflikt in England möglichst rasch beigelegt wird. Da der Verfall der sozialfriedlichen Deutschland umfangreiche Kohlenlieferungen anfertige, sei Deutschland auf die englischen Kohlen angewiesen.

Hilfe für die Märzopfer.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Die „Ordnung“ feiert Triumphe. Die Märzaktion des Proletariats ist niedergeschlagen, die begonnen wurde zur Verteidigung der Arbeiterklasse.

als auf Anstiftung der Reaktion der Sozialist Hörsing, nach dem Eingehändnis des sozialdemokratischen Ministers Severing, den Hieb als schärfste Parade gegen das mitteldeutsche Proletariat führte. Die Märzaktion konnte niedergeschlagen werden, weil die „berufenen Instanzen“ der SPD und USPD und der Gewerkschaften den Hörsing'schen Angriff auf die Freiheit und das Leben des Proletariats umfälschten in eine Polizeimaßnahme gegen das Verbrechertum.

Zurückgeschlagen ist die Vorhut des revolutionären Proletariats. Das Ständrecht ist aufgerichtet. Der weiße Terror tritt offen auf die Straße.

Mittels sogenannter Säuberungsaktionen wird die „Ordnung“ wieder hergestellt. Dabei werden der Bourgeoisie besonders verhasste

Arbeiter auf der „Flucht“ ermordet.

Fritz Ebert, der einen kurzen Arm hat gegenüber den Kriegsverbrechern, der noch keinen Kapp-Bußschiffen verurteilen ließ, er hat es jetzt sehr eilig mit der Verurteilung der revolutionären Kämpfer des Proletariats.

Ausnahmegericht gegen die Kommunisten.

Sondergerichte gegen die Teilnehmer an der Märzaktion.

Die Dame Justiz, blind gegen alle Verbrechen an der Arbeiterschaft, hilfsbereit gegen Mörder und Meineidige der Bourgeoisie, arbeitet rücksichtslos gegen die Proletarier. An die niedergeworrene Märzaktion schließt sich ein

Rachefeldzug gegen die Revolutionskämpfer.

Die Bourgeoisie kann es nicht verwinden, daß Arbeiterkäufe an den Grundstücken der bürgerlichen Staats- und Eigentumsordnung rütteln.

Hunderte von Arbeitern sind in den Märztagen gemordet worden. 3600 Arbeiter in Mitteldeutschland gefangen.

Tausende in anderen Kampfgebieten des Reiches.

Abgeurteilt sollen sie werden von Eberts Justiz. Zuchthäuser und Gefängnisse werden angefüllt mit Arbeiterkämpfern.

Die Vorhut des Proletariats zahlt mit Leben und Freiheit für die Passivität der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampfe und sie wird solange damit zahlen, bis das gesamte Proletariat aufsteht, um mit seinen Ausbeutern und Unterdrückern letzte Rechnung zu halten, bis das Proletariat aufsteht und seine Befreiung wahrmacht durch die Aufrichtung des Kommunismus.

Bis dahin gilt es Hilfe den Opfern der Kämpfer zu bringen. Die Familien der Gefangenen und Verwundeten gilt es zu unterstützen. Den Eingekerkerten müssen die Tage der Freiheitsberaubung erleichtert werden durch unser Hilfswerk. Rechtschutz müssen wir denen bringen, die man noch vor die Gerichte schleifen wird.

Um dieses Werk proletarischer Solidarität vollbringen zu können, hat sich aus den Reihen der Arbeiterschaft die

„Rote Hilfe“

gebildet. Überall im Reich sind Bezirkskomitees gebildet, die in einem Zentralkomitee zusammengefaßt werden, daß sofort Sammellisten an die Organisationen verschicken wird. Die „Rote Hilfe“ kann ihr Werk aber nur vollbringen, wenn alle Klassengenossen eine opferwillige Hand für die Opfer des Befreiungskampfes haben.

Arbeiter! Klassengenossen!

Organisiert sofort Geld- und Lebensmittel-sammlungen.

Rein Lohntag darf vorübergehen, wo nicht jeder Arbeiter seinen Beitrag zur Unterstützung der Opfer leistet. In allen Versammlungen und in den Wohnungen der Arbeiter muß gesammelt werden für die Opfer des proletarischen Befreiungskampfes.

Es lebe der revolutionäre Kampf des Proletariats!

Es lebe die revolutionäre Solidarität!

Die Zentrale der USPD.

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Das Zentralkomitee „Rote Hilfe“ wird in den nächsten Tagen bekannt geben, an welche Adressen die gesammelten Gelder geschickt werden sollen. Zuschriften und Anforderungen von Sammelstellen sind zu richten an das Zentralkomitee „Rote Hilfe“, Berlin C. 54, Rosenthaler Straße 28, Hof.

Das heißt also dann auf gut deutsch, daß die englischen Arbeiter sich „mit dem bisherigen Lohn und der Inanspruchnahme“ der Verstaatlichung der Gruben“ begnügen sollen. Die englischen Gewerkschaftler werden mit diesen Argumenten bei den englischen Arbeitern kreben gehen, um mit diesem Hinweis auf das notleidende Deutschland den Streit abzuwürgen. Das ist die Doppelzüngigkeit der Menschwerften und Sozialrevolutionäre der ganzen Welt: im eigenen Land vertrusten sie die Arbeiter damit, daß erst einmal „die anderen“ den Anfang machen müßten, um dann, wenn „die anderen“ den Anfang machen, ihnen in den Rücken zu fallen.

Ueber

die gegenwärtige Lage

verbreitet Reuter unter dem 10. April folgende Meldungen:

Die gestern abend erfolgte unerwartete Ankündigung, daß der Bergarbeiterverband seine Mitglieder anweise, nichts gegen die zur Sicherheit der Bergwerke nötigen Maßnahmen zu unternehmen, hat die Lage beträchtlich entspannt. Für Montag wird eine weitere wichtige Entwicklung der Dinge erwartet. Man glaubt, daß die Ankündigung des Bergarbeiterverbandes eine Folge des von Lloyd Georges gestern bei der Unterredung zwischen Regierung und Arbeiterdreibund gemachten Angebotes sei, doch ist darüber noch nichts genaues bekanntgegeben.

Die Finanzkommission des Bergbesitzerbundes ist bereit, den Bergarbeitern bessere Bedingungen anzubieten. Ohne Berücksichtigung der Forderungen Clynes, Hendersons und Thomas zur Mäßigung hat Hodges im „Daily Herald“ einen Brief veröffentlicht, worin er behauptet, daß die Regierung den Krieg erklärt hat. Wir forderten eine Konferenz ohne Bedingungen, aber erhielten die Bedrohung mit den Bajonetten als Antwort. Daher ist es unsere einzige Pflicht, die Verrücktheit dieser Regierung sicherzustellen. In Wales wächst die Unruhe unter den Bergarbeitern. Sie marschieren nach den Bergwerken, wo sie Aufseher, Beamte und die Wächter fortzudrängen.

Es wird immer deutlicher, daß die Krise die allerernsteste von den bisher dagewesenen ist. Man nimmt an, daß ausländische Agitatoren hinter der Streikbewegung stehen. In einem Telegramm des Personals der großen Liverpooler Eisenbahnstationen heißt es: „Wir sind überzeugt, daß die ganze Angelegenheit einer bolschewistischen Bewegung zur Erweckung der Revolution durch Vermittlung ausländischer Agenten ist. Wir verweigern jede Unterstützung, um nicht in der Nation anarchoistische Strömungen zu erwecken.“ Der heutigen Konferenz zwischen Lloyd George und den Transport- und Eisenbahnarbeitern wird mit Spannung und einem gewissen Optimismus entgegengesehen.

Im „Daily Herald“ veröffentlicht Hodges einen Brief, der eine Kampfansage an die Regierung enthält. Es heißt darin: „Wir verlangen eine Konferenz ohne irgend welche Bedingungen, und man antwortete uns mit einer Drohung mit den Bajonetten. Gut so! Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß die gegenwärtige Regierung verschwindet.“

Aufruf unserer englischen Genossen.

London, 11. April. Der Vollzugsausschuß der kommunistischen Partei von England hat einen Aufruf an alle Arbeiter erlassen, dem Beispiel der Triple-Allianz zu folgen und alle Anstrengungen zu machen, um den Arbeitern zum Siege in dieser Krise zu verhelfen, die einen schärfsten Angriff auf den Kapitalismus bedeuete und die erste wahre Rundgebung revolutionärer Absicht in England darstellte.

Die kommunistische Partei sendet den Bergleuten, Eisenbahnern und Transportarbeitern ihre herzlichsten Glückwünsche.

Tschecho-Slowakei.

Die Regierung für die Unternehmer.

Brünn, 12. April. Die Unternehmer der Krompacher Eisenwerke entließen 154 Arbeiter, die an den Demonstrationen in Krompach teilgenommen haben. In Brünn fand eine Sitzung des parlamentarischen Industrieausschusses statt.

Trotz des parteiweisen der Vertrauensmänner, daß die entlassenen Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern dem Hunger und dem Elend preisgegeben sein würden, haben die Vertreter der Unternehmer die Entlassung der 154 Arbeiter nicht rückgängig gemacht und nur 20 der Entlassenen wieder aufgenommen. Der Vertreter der Regierung, der an den Verhandlungen teilgenommen hatte, wollte keinen Ausgleich erzielen.

Unternehmerterror in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 11. April. Die Arbeiter der Schaufelhütte in Wistritz (Nordböhmen) haben die Arbeit niedergelegt, da der Direktor des Unternehmens die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft nicht anerkennen und ihre Hauptvertrauensmänner entlassen will.

Italien.

Die Weißgardisten schießen Kinder nieder.

Ferrara, 12. April. Die Faschisti haben den minderjährigen Jungarbeiter Jaczi erschossen, einen achtjährigen Knaben und ein Mädchen schwer verwundet.

Die Schuld der Kinder bestand darin, daß sie die „Bandiera Rossa“ gesungen haben und auf Einspruch der Faschisti nicht aufhören wollten das Lied zu singen. Die Polizei fand es nicht für nötig, Verhaftungen vorzunehmen.

Polen.

Teilnahme der polnischen Sozialisten an den Sejmwahlen.

(Eigener Drahtbericht der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.)

Warschau, 12. April. Laut „Robotnik“ beschloßen die polnischen Kommunisten mit 18 gegen 11 Stimmen, an den Wahlen in den Sejm teilzunehmen.

Letzte Telegramme.

Vor einem Verkehrsstreik in Wien.

Wien, 12. April. Eine Abarndung sozialdemokratischer Gewerkschaftler überreichte ein bis Freitag befristetes Ultimatum mit 12 Forderungen, darunter das Verlangen nach besserem Brot, billigerem Fleisch, sowie eine Preisregelung in den Hotels unter Mitwirkung der Arbeiterräte, die Sperre jeder Ausfuhr von Lebensmitteln und die Entfernung des christlichsozialen Vizebürgermeisters Hilbmann binnen drei Tagen von der Leitung des Wohnungsamtes. Bei Nichterfüllung der Forderungen wird ein allgemeiner Streik der Straßenbahner und der Eisenbahner, sowie der Sperre von Licht und Wasser in Aussicht gestellt.

Ganz Armenien

von den Sowjettruppen wieder erobert.

Stockholm, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Ein Telegramm aus Erivan meldet die vollständige Erledigung des Abenteuers der Datschaken, welche die armenische Hauptstadt mit Hilfe einer Bande türkischer Söldner und anderer gegenrevolutionärer Elemente, die von außen hereingebbracht wurden, besetzt hatten.

Die armenischen Arbeiter und Bauern sind mit Unterstützung der armenischen Roten Armee, von der ganzen Bevölkerung begeistert begrüßt, in Erivan siegreich eingezogen. In ganz Armenien besteht die Sowjetmacht.

Kleine Nachrichten.

Wirtschaftsverhandlungen der Tschecho-Slowakei mit Rußland. Wie der Telunion-Sachendienst meldet, sind zwischen Rußland und der Tschecho-Slowakei Verhandlungen über die Entsendung von Wirtschafts-Kommissionen im Gange. In diesem Punkte wurde bereits ein Einvernehmen erzielt, so daß nunmehr unmittelbar über den Abschluß eines Handelsvertrages beraten werden soll. Zunächst dürfen Konsulate in den Seehäfen und Binnenlandhäfen der russischen Nordstaaten errichtet werden.

Die ehemalige deutsche Kaiserin ist, wie WDA verkündet, am Montag früh gestorben. Die Extrablätter, die die Nachricht verkündeten, lösten in den Straßen Breslaus allgemeine Heiterkeit aus. Die monarchistische Ehrfurcht des gemeinen Volkes ist wirklich zu den Hundstagen entflohen.

Englische Besatzungstruppen haben Oberschlesien verlassen, weil es zwischen diesen und den Polen zu Reibereien gekommen ist. General Le Rond hat die Abberufung der englischen Soldaten von keinem Rücktritt abhängig gemacht. Danach hat Frankreich in Oberschlesien freie Hand bekommen.

Der ungarische Karl treibt sich, nachdem seine Getreuen in Ungarn nichts mehr von ihm wissen wollen, obdachlos in der Welt herum. Jetzt hat ihm auch die Schweiz die Tür gewiesen.

Die französische Kammer tritt heute, Dienstag, wieder zusammen. Sie wird sich mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beschäftigen.

Der Reichstag tritt am 20. April wieder zusammen. Er wird zunächst nur belangloses Zeug breitzetren. Für das Proletariat haben seine Verhandlungen keine Interessen.

Aus der Partei.

Die Tagung des Zentralausschusses.

Am 7. und 8. April tagte der Zentralausschuß der USPD, um zu der jüngsten Aktion Stellung zu nehmen. Der Zentralausschuß entschied nach Referat und Korreferat und nach eingehender Debatte mit nahezu Zweidrittelmehrheit (26 gegen 14 Stimmen) für die Leitfäden der Zentrale zur Märzaktion. Die Zentrale selbst enthielt sich bei dieser Abstimmung, die zugleich ein Vertrauensvotum für die Zentrale war, der Stimme. Eine Resolution, die die Aktion mißbilligte, wurde mit erdrückender Mehrheit abgelehnt (dagegen 41 Stimmen, dafür 6 Stimmen, 3 Stimmenthaltungen).

In besonderer Abstimmung wurde der Zentrale die Vollmacht erteilt, die organisatorischen Maßregeln zu treffen, um die Partei auf die größte Kampfkraft einzustellen.

Das Mitglied der Zentrale, Genosse Sievers-Berlin, der sich auf den Boden der Minderheit gestellt hatte, schied auf Beschluß des Zentralausschusses aus der Zentrale aus.

An diese taktische und politische Entscheidung knüpfte sich ein Referat mit anschließender Debatte über die organisatorischen Lehren der Aktion. Die von der Zentrale dazu vorgeschlagene Resolution wurde ebenfalls mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die Stellungnahme zum dritten Punkt der Tagesordnung, internationale Fragen, wurde auf die nächste Zentralausschusssitzung verlegt.

Ein Antrag auf sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess wurde vom Zentralausschuß abgelehnt. Die Zentrale ihrerseits erklärte ihre Bereitwilligkeit, einen Parteitag einzuberufen, so rasch, als die Verhältnisse es erlauben.

Die vom Zentralausschuß angenommenen Resolutionen bringen wir morgen zum Abdruck.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftsführer als „Einbrecher“.

Zimmer wieder haben die Gewerkschaftsbürokraten von Dismann bis Leipzig behauptet, sie wollten die Geschlossenheit der Gewerkschaften erhalten und seien darum verpflichtet, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen. Wie haben wiederholt diese erbärmliche Heuchelei bloßgestellt. In Kampe gegen die Kommunisten entlarven sich diese Gewerkschaftsbürokraten selbst. Sie schrecken jetzt nicht zurück vor der Anwendung von Mitteln, die auch den dümmsten Arbeitern zeigen müssen, worauf es die Gewerkschaftsbürokratie abgesehen hat.

Bekanntlich besteht die „Dalleische Ortsgruppe“ des Metallarbeiterverbandes zu 1/10 aus Kommunisten. Es ist selbstverständlich, daß die auch eine Ortsverwaltung wählten, die ihr Vertrauen besaß. Der Vorstand des DWA hat zu wiederholten Malen versucht, die kommunistische Ortsverwaltung in Halle zu beseitigen. Alle Versuche dieser Art scheiterten, da immer wieder die Generalversammlung — die höchste Instanz der örtlichen Organisation — der kommunistischen Verwaltung das Vertrauen aussprach. Jetzt greifen die DWA-Männer zu ihrem letzten Mittel. Sie entfernen ge-

Aus der Provinz.

An die Genossen in der Provinz.

Um den Beschwerden der auswärtigen Genossen, daß der provinzielle Teil in der „Schl. fischen Arbeiter-Zeitung“ zu wenig Berücksichtigung findet, Rechnung zu tragen, bitten wir alle Genossen in der Provinz, uns ständig über die Vorgänge in der Provinz auf dem Laufenden zu halten. Es handelt sich um Vorgänge in den Gewerkschaften, den Gemeindeparlamenten und um sonstige lokale Ereignisse. Genossen, schreibt schnell. Helft am Ausbau der Presse.

Achtung.

Der Bezirksleitung müssen umgehend die Namen sämtlicher in den letzten Wochen verhafteten Genossen mitgeteilt werden. Dies ist notwendig, damit wir über alle Maßnahmen der Polizei genau unterrichtet sind, damit den Genossen sofort der Rechtsanwalt geschickt werden kann und von hier aus die Zustellung von Lebensmitteln usw. organisiert werden kann.

Erste Lage im Waldenburger Revier.

Uns wird geschrieben: Auf Grund der fortwährenden Preissteigerung aller Bedarfsartikel und auf Drängen der Bergarbeiter haben sich die Gewerkschaften genötigt, im August vorigen Jahres Lohnverhandlungen einzuleiten. Durch Ablehnung einer Kohlenpreiserhöhung von Seiten der Regierung, leiteten die Unternehmer jede Lohnverhandlung ohne Ueberstimmungen ab. Nach viermonatigen Verhandlungen nahmen die Gewerkschaften das Ueberstimmungen an, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage. Von einer Lohnverhöhung im richtigen Sinne des Wortes ist natürlich keine Rede. Die jeden Tag zu verjahrende Ueberstunde wurde als volle Schicht angerechnet und mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt. Außerdem gab man 250 Mk. Haushaltsgeld und das doppelte Kindergeld, welches vor Verfahren der Ueberstunde 1.00 Mk. betrug. Durch fortwährendes Einwirken unsererseits auf die Massen der Bergarbeiter erkannten sie bereits nach vierwöchigem Verfahren der Ueberstunde, daß sie nicht besser dastünden als vorher. In allen Betriebs- und Belegschaftsversammlungen wurde die Kündigung des Abkommens verlangt, was dann auch im Januar geschah. Neue Lohnverhandlungen wurden eingeleitet. Ohne Ergebnis. Vom Schlichtungsausschuss wurde nun Ende Februar folgender Schiedsspruch gefällt: An 4 Tagen in der Woche soll eine Ueberstunde verfahren werden, wofür eine Lohnzulage von 8 Mk. gewährt wird. Vom Unternehmer sowie von den Gewerkschaften ist der Schiedsspruch abgelehnt worden. Die Gewerkschaften erheben eine Lohnzulage ohne Ueberstunden, sie lassen aber schon jetzt erkennen, daß sie gewillt sind, Ueberstunden anzunehmen, aber unabhängig von der Lohnverhöhung. Die Unternehmer dagegen weigern sich ganz entschieden, etwas zu bewilligen, wenn nicht 8 Stunden Arbeitszeit festgesetzt werden. Augenblicklich schweben noch Verhandlungen, die am 12. d. Mts. beendet sind. Ein Erfolg für die Bergarbeiter ist nicht zu erwarten. Ein Streik wird unermesslich sein. — Ähnlich liegt es bei den Metallarbeitern. Alle bisher gepflogenen Verhandlungen sind gescheitert. Ein bereits durch Urabstimmung herbeigeführter Generalstreikbeschluss ist vorläufig aufgeschoben worden durch neu eingeleitete Verhandlungen, die ebenfalls am 12. April beendet sind. Auch hier wird es zu einem Streik kommen. Das Hinausziehen der Verhandlungen scheint absichtlich von den Gewerkschaften bemerkt zu sein, wegen der revolutionären Situation in Mitteldeutschland.

Berichtungs-Kalender.

Distrikt 13. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr, wichtige Jubiläumskunst im Lokal Underden, Ecke Steinmüllerei. Erscheinen aller notwendig. Waldenburg. Kommunistische Jugend. Mittwoch, den 13. April, abends 7 Uhr, Diskussionsabend im Jugendheim. Donnerstag, den 14. April, abends 7 Uhr, Sitzung und Arbeitsabend im Heim. Sonntag, den 17. April, Tagestour nach Sattelwald und Döschwald. Abgang 8 Uhr früh vom Jugendheim. Bei ungünstigem Wetter um 4 Uhr Zusammenkunft im Heim.

Verausgeber: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Wido Jäger, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Bärel & Danigel, sämtlich in Breslau.

waltam die von den Mitgliedern eingesetzte Ortsverwaltung und setzen eine kommissarische an ihre Stelle. Die Begleiterscheinungen dieser Maßnahmen enthüllen die Strupelhaftigkeit der Dismänner. Aloin Brandes erschien in Halle, verlangte die Räumung des Büros und billigte auf den Einspruch der Verwaltungsmitglieder eine Bedenkzeit von 24 Stunden zu. Im Vertrauen auf diese Zusage verließen die Verwaltungsmitglieder das Büro. Als sie fort waren, hatte Aloin Brandes einen Schlossermeister und versuchte mit dessen Hilfe in Abwesenheit der Verwaltungsmitglieder einen Einbruch in die Büroräume, wurde aber dabei überrascht und erhielt den für solche Einbrecher angebrachten Denkkittel.

Die Halle'schen Metallarbeiter, auch die Rechtssozialisten und Unabhängigen, werden jetzt erkennen, worauf es den Dismännern ankommt, nämlich auf die Spaltung der Halle'schen Ortsgruppe. Sie werden alles versuchen, diesen verbrecherischen Maßnahmen der Dismänner Widerstand entgegen zu setzen und erwarten von den Kollegen im Reich kräftige Unterstützung.

Der Vorstand des DMB. wird ja sein Vorgehen gegen die Halle'sche Verwaltung zu begründen versuchen. Als einen der Hauptgründe für seine Maßnahmen bezeichnet er die Gewährung eines Darlehens aus den Mitteln der Lokalkasse an den Halle'schen „Klassenkampf“. Demgegenüber stellen wir fest, daß dieses Darlehen von der Generalversammlung beschlossen wurde, daß wiederholt Ortsgruppen und auch der Vorstand selbst Verbandsgelder in proletarischen Zeitungsunternehmen angelegt haben. Dismann selbst hat auf diesem Gebiete sehr bedenkliche Transaktionen versucht und wohl auch durchgeführt. Als Parteigenosse wie auch als Person ist Dismann stark beteiligt an dem Frankfurter „Volkrecht“. Er hat seinen Einfluß als Vorsitzender des DMB. benutzt, um die Berliner Ortsverwaltung zu veranlassen, mit Mitteln der Lokalkasse größere Papierbestände von dem Frankfurter „Volkrecht“ zu beziehen. Die damalige Berliner Ortsverwaltung hat dieses zweifelshafte Geschäft abgelehnt, worauf Dismann eine besondere Verwaltungsabteilung des DMB. veranlaßte, abzuschließen. Es liegt auf der Hand, daß Dismann sich nur von den Gedanken leiten ließ, dem in einer schwierigen Lage befindlichen USVD-Unternehmen in Frankfurt mit Hilfe der Mittel des DMB. auf die Beine zu helfen. Also auch dieser Fall zeigt die Demagogie, die heute im Metallarbeiterverband wahre Drogen feiert.

sich senkt! Dank der Verbrennerpolitik der deutschen Bourgeoisie, dank der Kanonen und Minenwerfer Hörsinge, haben einige wichtige Industriegebiete eine polnische Mehrheit aufzuweisen und da bei allen Bourgeoisien — natürlich! — Recht vor Macht geht, müßten diese Bezirke an Polen fallen. Deshalb müßten nun tausende Bürger aufmarschieren, die leicht nicht mehr mit den Waffen, aber doch noch mit den Mühlern demonstrieren können. Aber diese Mufe und Schreie werden vergebens in den Wind verhallen. Die „Massenfundgebungen“ der Breslauer Bourgeoisie werden bei der Entente nur ein Lächeln auslösen. Im übrigen — welche abstoßende Heuchelei; wenn die armen, oberschlesischen Flüchtlinge, die für das „deutsche Vaterland“ gestimmt haben, über ihre Lage beraten, da werden ihre Versammlungen von der Sipo gesprengt. Der Mohr hat ja seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann jetzt gehen. Nach wenigen Stunden aber ruft man Massenfundgebungen für ein ungeteiltes Oberschlesien ein, um die wichtige oberschlesische Kohle zu retten, bieweil die deutschen oberschlesischen Flüchtlinge vor Hunger verrecken.

Aber leider gibt es noch immer genug Arbeiter und Kleinbürger, die diesen nationalistischen Hummel mitmachen und sich vor den Kapitalistenkarren spannen lassen, wobei die Rechtssozialisten der deutschen Bourgeoisie brauchbare Helfersdienste leisten.

Es wird Zeit, daß das deutsche Proletariat das ganze Ausbeutergefinde samt ihren Lakaien zum Teufel hinausjagt.

D-Jüge Breslau-Duisburg. Eine D-Jugerverbindung von Breslau bis Duisburg über Göditz, Dresden, Leipzig, Erfurt, Kassel, Altona und Dortmund sowie zurück ist eine der neuen Querverbindungen, die der Sommerfahrplan am 1. Juni bringen wird. Man fährt von Breslau 5.41 früh, von Liegnitz 6.45, von Göditz 8.49 und kommt nach Dresden-Rustadt 10.20, um dort 10.35 Anschluß nach Leipzig zu finden. Hier trifft man 12.35 ein. Der durchgehende Zug ist 12.17 in Duisburg. Der Gegenzug geht von Duisburg 6.00 vorm., und ist in Erfurt 2.46, in Leipzig 5.14, ab 6.00, in Dresden-Rustadt 7.52, ab 8.05, an Göditz 9.50, an Liegnitz 11.53, an Breslau 12.08 nachts.

Die Erhöhung des Gepäck- und Expresszolls ist bereits zum 1. April erfolgt. Wie bisher wird Reisepäck auch künftig nur gegen Vorlage von Fahrkarten angenommen. Die vor kurzem eingeführte Abfertigungsgebühr von 40 Pf. ist wieder aufgehoben worden. Als Mindestfracht für Expressgut sind 3 Mark zu zahlen. Die Gewichtsbemessung erfolgt unter Anrechnung auf volle 10 Kilogramm; die Fracht wird für eine Mindestanlieferung von 10 Kilogramm berechnet. Für jede Sendung wird eine besondere Abfertigungsgebühr von 50 Pf. in Rechnung gestellt. Das einzelne Stück Expressgut darf nicht mehr als 50 Kilogramm wiegen.

Von der Oberschiffahrt. Nach einer Mitteilung des Sachverständigen des Wasserbauamts wird gemäß § 29 Absatz 7 der Polizeiverordnung vom 15. Mai 1906 bei hartem Anbruch oberhalb der Einfahrt in den Oberkanal der Schleuse Ransern ein Posten aufgestellt, der bei Ueberfüllung des Kanals die Talschiffahrt durch Einrichten des Sperrewehres — zwei rote Flaggen übereinander am Ufer — zurückhält.

Magistrats-Mitteilungen.

Zählung des Speisehanfens I. Das städtische Speisehaus I an der Weißberggasse wird am 11. d. Mts. für unbestimmte Zeit geschlossen. Es ist der Quälerei, Abteilung Breslau für die Zubereitung des durch sie verteilten Essens überwiesen worden. Das Speisehaus II an der Rühlgasse bleibt weiter für den allgemeinen Verkehr geöffnet.

Die Verteilung des amerikanischen Weizenmehles auf Lebensmittelmarkt R 50 endet bereits am 16. (nicht 18.) April 1921.

Für Breslauer Verschönerungs-Verein, Abteilung Osten, benötigt am Donnerstag, den 14. April, nach 3 Uhr, von der Jahrgrenze der Straßenbahn vor Grünstraße aus das Obergebiet bis Wilhelmshafen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Aus Reichsbeständen kommen, wie eine Anzeige in der heutigen Ausgabe der Zeitung zeigt, billige Salzheringe zum Verkauf. Die Heringe sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Sie werden auf Beachtung dieser Anzeige besonders hingewiesen.

Lokales.

Breslau, den 13. April 1921.

Eine Demonstration der Breslauer Bourgeoisie.

Himmel und Hölle hatte die Breslauer Bourgeoisie in Bewegung gesetzt, um zur Rundgebung für ein ungeteiltes Oberschlesien möglichst große Massen des Bürgertums einzufangen. Flugzeuge streuten hunderttausende Flugblätter aus, während der kommunistischen Presse nicht genug Papier wegen Papiermangels geliefert wird. Natürlich machten auch die niederrichtlichen Lakaien der Bourgeoisie, die „Volkswacht“ und die Gewerkschaften genügend Tam-Tam, so daß wirklich am Sonntag vormittag einige tausend Breslauer Bierphilister von der Deminationalen Volkspartei bis zu der SPD. zusammengelassen waren. Die ehrlichen, deutschen Männertrübe debien vor Erregung, die blonden wallenden Härte sträubten sich vor Zorn, die blauen germanischen Augen blitzten vor Entrüstung; denn die Gefahr ist wirklich sehr, sehr groß, daß die Profiteure der deutschen Grubenbarone

Stadtheater.
Mittwoch 7 Uhr:
Soffmanns
Erzählungen.

Oper-Theater.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Müll.

Oper-Theater.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Die kleine Sklavine.

Schauspielhaus.
Opernabende 11. u. 12. 25.35
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Die Dame in Rot.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Die Förster-Gebirge.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Zum 50. Jahre.
Die blaue Blase.
Sonntag nachm. 5 1/2 Uhr:
Die Frau im Hermelin.

Matthias-Kino.
Matthiasstraße 33
und Kollatstraße 9.

Die Banditen
Pistolenrevolver
5 Akte
unter Mitwirkung
erster Künstler.
Fester:

Die Sühne
Abenteuerroman
6 Akte.

Aus Reichsbeständen
sind im Kleinhandel

billige Salzheringe

erhältlich, die
für 30—60 Pfg. das Stück
je nach Qualität und Größe

an das Publikum

abgegeben werden können.

Man verlange dies vollwertige Nahrungsmittel in den einschlägigen Geschäften.

Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft **Reichsfischversorgung**
m. b. H. **G. m. b. H.**
Breslau.

ZEPTER-KINO
Mittwoch 8, 10, 12, 14 Uhr
Verfügbare ab Donnerstag

Der Kaiser der Sahara
2 Akte
Der Mann ohne Namen

Lied-Oper-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des
April-Programms.

Händler! Hansierer!
In allen Lebensmittelgeschäften
alle Waren (siehe S. 2, 5,
Esterwirth 38 Pf. bei
L. Lehmann, September 7.

Händlerpreisliste gratis
P. Heller, Nikolaistraße 16/17

Der gute Hennig-Creme
überall erhältlich
H. Hennig, Esterwirth 5/6.

Inserate haben in der „Schl. fischen Arb.-Ztg.“ größten Erfolg.

Schöne Literatur!

Sinclair, Jimmy Higgin	21,00 Mk.
Bellamy, Rückblick aus dem Jahre 2000	6,50 Mk.
Hörnle, Oculi-Fabeln	6,60 Mk.
Rüch, Feuer u. Schlacken, Gedichte aus der Revolutionszeit	4,40 Mk.

Zu beziehen durch:

Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbsehener Strasse 45.

Empfehlenswerte Bücher:

Pannekock, Marxismus und Darwinismus	1,75 Mk.
Kollenstey, Die neue Moral und die Arbeiter- klasse	geb. 9,50 Mk.
Cheprobleme	1,50 Mk.
Friedländer, Sexualethik und Kommunismus	8,00 Mk.
Kriche, Tugendebz	6,00 Mk.

Zu beziehen durch:

Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbsehener Straße Nr. 45.